

Wirtschaft

Pharmaindustrie soll für Abwasserreinigung zahlen

Rückstände von Arzneimitteln sind schwer aus dem Abwasser zu entfernen. Bundesrat und Wasserwirtschaft wollen die Verursacher an den Kosten beteiligen.

ami. BERLIN, 6. März. Pharmahersteller sollen nach dem Willen der Bundesländer künftig dafür bezahlen, dass Rückstände von Arzneimitteln aus dem Abwasser entfernt werden. Das hat der Umweltausschuss des Bundesrates vorige Woche ohne Gegenstimme beschlossen. In dem von Nordrhein-Westfalens Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) eingebrachten Antrag heißt es, die Hersteller sollten „in die finanzielle Verantwortung zur Entfernung problematischer Stoffe aus der aquatischen Umwelt einbezogen werden“. Die Bundesregierung wird darin gebeten, Vorschläge für eine mögliche Regelung zu machen.

In dem Entschließungsantrag, der appellativen Charakter hat, wird auf den – wegen der Alterung der Gesellschaft zusätzlich – wachsenden Gebrauch von Arzneimitteln und dessen Folgen auf den Gewässerschutz hingewiesen. Es bedürfe „frühzeitiger Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung des Stoffeintrags“.

Konkret verlangt der Bundesrat drei Schritte: So sollen die Pharmahersteller in der EU die Wirkung ihrer neuen Produkte nicht nur auf den Menschen, sondern auch auf die Umwelt sowie die Möglichkeiten zur Entfernung aus dem Abwasser besser erforschen. Verbraucher sollen auf den Verpackungen „über deutlich lesbare Hinweise“ angehalten werden, Reste von Arzneimitteln über den Hausmüll zu entsorgen. Zudem müssten die Hersteller für die zusätzlichen Kosten der Abwasseraufbereitung wie den Bau neuer Aktivkohlefilter „im Sinne einer erweiterten Produktverantwortung herangezogen werden“, heißt es in der Begründung.

Über die Höhe der Kosten schweigt der Antrag. Remmel selbst hatte anderswo „ein Prozent“ des auf 33 Milliarden Euro bezifferten Jahresumsatzes der Pharmabranche (mit den Kassen) in Deutschland genannt, das wären 330 Millionen Euro. Das Bundesumweltministerium unterstützt den Beschluss grund-



Einmal reinigen, bitte: Kläranlage in Frankfurt

Foto ddp Images

sätzlich, wie es auf Anfrage mitteilte. Man sehe darin „unabhängig von Einzelfragen“ eine Unterstützung seiner Strategie zur Bekämpfung von Mikroschadstoffen im Wasser.

Dabei geht es nicht allein um Trinkwasser – da werden die Grenzwerte eingehalten. Ziel der von der EU angestoßenen Politik ist es, das aquatische Leben – Fische und Mikroorganismen – zu schützen. Immer feinere Messmethoden, heute werden Billionstel Gramm gemessen, helfen neue Stoffe zu entdecken, ohne dass über deren Schädlichkeit Gewissheit herrscht. Berichte über das womöglich krebserregende Unkrautmittel Glyphosat im Bier illustrieren das.

Der Antrag der Länder spiegelt Forderungen der Wasserbranche wider. Die ist wegen neuer Vorgaben zum Gewässerschutz und daraus resultierenden Milliarden-Investitionen in neue Filteranlagen besorgt. Es könne nicht sein, dass die Wasserwirtschaft zum Reparaturbetrieb werde, sagt die Hauptgeschäftsführerin des Verbands Kommunaler Unterneh-

men (VKU), Katherina Reiche, und ergänzt: „Die Hersteller müssen die Auswirkungen auf Umwelt und Gewässer überwachen und gemeinsam Verantwortung übernehmen.“

Reiche bezieht das nicht nur auf die Pharmabranche. Deren Produkte seien allerdings besonders langlebig und schwieriger aus dem Abwasser zu entfernen als Reste von Waschmitteln. Spurenstoffe von Arzneimitteln halten 94 Prozent der Abwasserbetriebe für „besonders besorgniserregend“, wie der VKU mit einer Umfrage unter den Kommunalbetrieben herausfand. Kaum weniger, 88 Prozent, nannten im gleichen Atemzug Pflanzenschutzmittel. Die kommen meist über die Landwirtschaft ins Wasser, und mit ihnen kommt die chemische Industrie ins Spiel – bis hin zu den Kosmetikherstellern.

Der VKU hat versucht, das potentielle Ausmaß der Gewässerverunreinigungen abzuschätzen. 2014 seien etwa 8100 Tonnen Arzneimittel verkauft worden, darunter allein 1700 Tonnen Antibiotika für die Tiermast, sagte der Chef des Wupper-

verbands, Georg Wulf. Hinzu gekommen seien 118 000 Tonnen Pflanzenschutzmittel, 630 000 Tonnen Wasch- und Reinigungsmittel sowie 10 500 Tonnen Kosmetika und Körperpflegemittel. Viel davon lande am Ende abgewaschen und wieder ausgeschieden im Abwasser.

Andere Mikroverunreinigungen wie Tausende Tonnen Reifenabrieb von den Straßen oder abgewaschene Farben und Schutzanstriche von Gebäuden würden mit dem Regenwasser gleich in Bäche und Flüsse gespült, ohne dass überhaupt eine Klärung möglich sei.

Umso notwendiger sei die genaue Kennzeichnung der Produkte, sagte Reiche. Es gehe nicht um Alarmismus, sondern um Aufklärung. Bei den Zulassungsverfahren für Arzneimittel, Pestizide und Herbizide müssten Auswirkungen auf Gewässer berücksichtigt werden. Um überhaupt zu wissen, welche Spurenstoffe der Mensch in Verkehr bringe, brauche man eine Datenbank. Darin sollten Mengen, Vorkommen, Giftigkeit und Entfernbarkeit aus dem Abwasser registriert werden.

Das Zuliefererland Malaysia steht vor der Zerreißprobe

Der Machtkampf könnte Auslandsinvestoren abschrecken und Südostasien schwer schaden

che. SINGAPUR, 6. März. In Südostasiens drittgrößter Volkswirtschaft kristallisiert sich ein Machtkampf heraus, der das Land tief spaltet. Die politische Lähmung von Malaysia ist auch deshalb riskant, weil der Standort wichtig für die weltweite Kette der Zulieferer ist, insbesondere in der Elektronik. „Natürlich haben wir uns Sorgen und Überlegen, wie wir mit einer möglichen Verschärfung der politischen Lage umgehen sollen“, sagt der Leiter eines deutschen Unternehmens in der Industrieregion Penang, der nicht namentlich genannt werden will.

Die Regierung warnt schon vor dem Wegbleiben von Auslandsinvestoren. Im vergangenen Jahr ist die Wirtschaftsleistung Malaysias trotz aller politischen Wirren immerhin noch um 5 Prozent gewachsen – schneller als die meisten seiner Nachbarländer, insbesondere das konkurrierende Thailand, das von der Militärdiktatur ausgebremst wird. Im Jahr zuvor aber waren es noch 6 Prozent gewesen, und in diesem Jahr dürfte das

Wachstum weiter zurückgehen: „Die fortschreitende Schwäche in China sowie der Gegenwind im eigenen Land lasten auf der wirtschaftlichen Entwicklung“, warnt die Ratingagentur Fitch. Für die Zulieferregion Südostasien wäre es sehr schmerzhaft, wenn nach Thailand auch Malaysia an Ansehen und damit Investitionen verlieren würde. Japanische und europäische Unternehmen haben trotz der Korruption dort stark auf eine politische Stabilität in Malaysia gesetzt und sind von ihren Lieferanten abhängig.

Nun aber droht nach Thailand auch Malaysia vom politischen Machtkampf zerrissen zu werden. Seit Monaten steht der gewählte Ministerpräsident Najib Razak unter Feuer, vor allem weil er eine Zahlung von 681 Millionen Dollar aus Saudi-Arabien auf sein Privatkonto nicht erklären mag. Jedoch fallen sein Name und Namen seines Umfeldes auch immer wieder im Zusammenhang mit mehreren Morden in den vergangenen Jahren. Seine eigene Partei, die seit Gründung des Lan-

des regierende United Malays National Party (Umno), scheint er aber fest im Griff zu haben. Ein britischer Geschäftsmann in Kuala Lumpur berichtet von Bestechungsgeldern für Abgeordnete von bis zu einer Million Dollar vor der Stimmabgabe über die Parteiführung – Beweise indes hat er nicht.

Gefährlich wird die Lage für Najib nun aber dennoch: Denn es hat sich die alle politischen Grenzen sprengende Allianz „Rettet Malaysia“ gebildet, die ihn zum Rücktritt zwingen will. Ein solcher Zusammenschluss war bislang undenkbar und verdeutlicht den Ernst der Lage: Denn dem Zweckbund gehören der auf der Weltbühne wohlbekannte frühere malaysische Ministerpräsident Mahathir Mohamad genauso an wie der von ihm und dann abermals von Najib wegen angeblicher Homosexualität ins Gefängnis brachte Oppositionsführer Anwar Ibrahim sowie Najibs bisheriger Stellvertreter Muhyiddin Yassin. Ihr erklärtes Ziel ist es, die gewählte Regierung Najib abzuset-

zen. In einer Erklärung warnen sie vor der Verschlechterung „der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes“. Sie erwähnen auch die möglichen Fehlinvestitionen und undurchsichtigen Geldtransfers des von Najib beaufsichtigten Staatsfonds IMDB. Staatsanwälte aus der Schweiz, aus Frankreich, Amerika, Hongkong und Singapur ermitteln in den Affären, in denen es um Milliarden von Dollar geht. Für den 27. März haben die Regierungsgegner eine große Kundgebung angekündigt.

Die Regierung hingegen ermahnt die Widerständler, den demokratischen Weg einzuhalten. Außenminister Anifah Aman warnte vor den Folgen der Proteste: „Das Land könnte instabil werden und Auslandsinvestoren vertreiben.“ Die Regierung ging bislang mit Härte gegen Gegner vor, ließ Medien schließen und ordnete Verhaftungen an. Das Land wächst zwar noch vergleichsweise stark, leidet aber spürbar unter den gefallen Preisen für Öl, Gas und Palmöl.

STANDPUNKT

Zurück in die Zukunft

Von Ludwig-Georg Braun und Jürgen Hambrecht

an der Zeit, das moralische Wünschenswerte mit dem Machbaren und langfristigen Notwendigen abzugleichen. Wir müssen uns darauf besinnen, was uns in der Vergangenheit stark gemacht hat und daraus die richtigen Schritte ableiten.

Was bedeutet das für unser Land? Für die Wissensgesellschaft braucht Deutschland das beste Bildungssystem der Welt. Doch statt eine überfällige Bildungsreform auf den Weg zu bringen, die frühkindliche Bildung und Modelle der dualen Ausbildung stärkt, gleiten wir ins Mittelmaß ab. Wir investieren weniger in Bildung als viele Nachbarländer.

Die größten Innovationssprünge finden durch Aus- und Neugründungen von Unternehmen statt. Aber in kaum einem anderen hochentwickelten Land werden neue Technologien und Gründungen so durch Risikoaversion, Angst vor Veränderung und Bürokratie behindert wie hier. Deshalb haben wir zwar viele Weltmarktführer in traditionellen Industrien, auf die wir stolz sein können, aber viel zu wenige in wichtigen Zukunftsbranchen.

Die Basis moderner Volkswirtschaften ist eine leistungsfähige Infrastruktur, trotzdem mangelt es uns an der Bereitschaft, das Geld dafür bereitzustellen.

Unsere Ausgaben reichen noch nicht einmal für den Erhalt bestehender Verkehrs- und Energieinfrastruktur aus, geschweige denn für die digitale Infrastruktur. Dabei ist die Digitalisierung ein Megatrend, der zu rasanten Veränderungen führt, während wir Gefahr laufen, abgehängt zu werden, weil die Datenübertragungsgeschwindigkeit die digitale Wirtschaft und Gesellschaft ausbremst. Doch Veränderung beginnt zuerst in den Köpfen. Wie leichtfertig wird bei uns die Chance eines selbstbestimmteren Lebens durch die digitalisierte Arbeitswelt dem Klein-Klein weiterer Regelungen etwa über dienstliche E-Mails nach Büroschluss geopfert?

Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber es mangelt an einer Strategie, welche die Anforderungen des Arbeitsmarktes in den Mittelpunkt stellt. Viele unserer mittelständischen Weltmarktführer befinden sich im ländlichen Raum, gerade hier führen Urbanisierung und Entvölkerung zu einem sich verschärfenden Fachkräftemangel.

Das sind Entwicklungen, die sich abzeichnen oder schon beobachtbar sind. Aber es ist kein Schicksal, das man stumm und tatenlos ertragen muss. Mit

einem Politikwechsel können und müssen wir diese Dinge zum Besseren wenden.

Was ist zu tun? Deutschland braucht Rahmenbedingungen, die auf die Zukunft ausgerichtet sind. Das bedeutet erstens, den Markt in der Sozialen Marktwirtschaft wieder zu stärken und staatliche Eingriffe wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, verzerrende Subventionen oder Hemmnisse in der Arbeitsmarktpolitik zurückzudrängen. Stattdessen brauchen Arbeitsmarkt und Wirtschaft mehr Flexibilität und Liberalität. Ein vereinfachtes Steuersystem und das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bergen Potentiale, die Deutschland heben muss. Zweitens müssen wir mit Milliardeninvestitionen die Weichen für Unternehmensgründungen, Forschung, Bildung und Infrastruktur – sei es für Daten oder Verkehr – auf Zukunft stellen. Auf diesen Gebieten müssen die Prioritäten der öffentlichen Ausgaben liegen. Weil sich diese Investitionen oft erst nach Jahren auszahlen, ist es so wichtig, schon jetzt damit anzufangen.

Deutschland ist ein starkes Land. Es hat Menschen, die jeden Tag viel leisten und bereit sind, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Ihnen – aber vor allem sich selbst – sollte die Politik mehr zutrauen. Dafür bedarf es Ideen, Mut und liberaler Politik.

Ludwig-Georg Braun ist Unternehmer und Mitglied des Aufsichtsrats dieser Zeitung. Jürgen Hambrecht war BASF-Vorsitzender. Beide engagieren sich im Wirtschaftsforum der Freien Demokraten für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Briefe an die Herausgeber

Ernüchternde Bilanz

Zum Leitartikel von Klaus-Dieter Frankenberger „Der Westen muss zusammenstehen“ (F.A.Z. vom 15. Februar): Richtig: Die Krisen scheinen nicht mehr abzureißen. Die diesjährige Münchner Zusammenkunft von Sicherheitspolitikern und -fachleuten verdiente daher am ehesten den Namen Unsicherheitskonferenz. So viele lose Enden liegen herum, und fast jede mag eine Lunte sein. Nun steht in den deutschen militärischen Weißbüchern und verteidigungspolitischen Richtlinien der vergangenen zwanzig Jahre die zeitlich und räumlich weit vorgeschobene Krisenbehandlung ganz zentral. Aus meiner Sicht wäre rational zu prüfen und zu debattieren: Hat nicht gerade diese invasive Problemvorsorge unsere vielfachen Probleme mitverursacht – Staatszerfall, Wanderungsbewegungen vom Balkan, aus Afghanistan und dem Irak und durch Libyen hindurch, Abgrenzungen und Xenophobien, neue manichäi-

sche Teilungen und wuchernden Personenkult und Populismus? Konnte man wirklich auf eine actio ohne reactio hoffen? Es mag ja sein, dass Putin in einer anderen Welt operiert, in seiner Welt eben. Krasse weltanschauliche Brüche sind aber auch von jenseits des Atlantiks bekannt; nicht mit jedem dort würde ich beruhigt in einer Wagonburg zusammenstehen wollen. Auf alle Fälle ist Putins Kosmos noch eher der unsere, als es der von Islamisten je sein könnte.

Mir scheint, wir könnten arbeitsteilig besser vorankommen, dabei Deutschland als zivil erfolgreiche Vermittlungsmacht. Wenn wir die außenpolitischen Wirkungen der letzten Jahre bilanzieren, dann gab es genau dort offenkundig mehr international registrierte Pluspunkte als bei den robusten, infiniten und mit unabsehbaren Neben- und Nachwirkungen behafteten Einsätzen.

DR. JUR. KARL ULRICH VOSS, BURSCHIED

Mit Konservatismus hatte das nichts zu tun

Zu „Die Stunde der Konservativen“ (F.A.Z. vom 19. Februar): Endlich einmal eine etwas gescheiterte Bestimmung des Konservativen! Der Artikel von Armin Nassehi stößt auf letzten Grund konservativer Einstellung, die Überzeugung von der menschlichen Unzulänglichkeit trotz aller kultureller Leistungen. Dass der Konservative deshalb jedoch keineswegs nur beharrend auf Hergebrachtem besteht, sollte zwar bereits seit Armin Mohlers Unterscheidung von traditionalistischer und konservativer Einstellung bekannt sein. Zum Beleg, dass im Gegenteil gerade Konservative durchaus produktive Konzepte entwickelt haben, sei etwa an Alexis de Tocquevilles Demokratie-Analyse, Arnold Gehlenes Institutionslehre und (gleich aktiv politisch wirksam) an Bismarcks Sozialversicherungssystem erinnert. Die Fortschrittlichen und Sozialutopisten haben sich davon zwar diese Konzepte angeeignet und so geschickt umgedeutet, so dass man diese für ihre Errungenschaft hält. Mit dem Nationalen hat es jedoch eine ganz eigene Bewandtnis in der deutschen

Geschichte. Die moderne Nationalidee wurde von den fortschrittlich Denkenden mit den Idealen der Französischen Revolution übernommen, und es wurde den Konservativen zum Verhängnis, dass Bismarck als Konservativer, der er im Grunde seines Herzens blieb, wenn auch nach schweren inneren Kämpfen die Nationalidee aufnahm, und dass sich schließlich die „Überhöhung“, weil sie bei uns „abstrakt“ war – wie Nassehi richtig erkennt –, im Unterschied zu Frankreich und England mühselos auch von Hitler in sein sozialistisches Programm einbauen ließ.

Nicht aber ein noch abstrakterer „Verfassungspatriotismus“ sollte an ihre Stelle treten, sondern die Achtung vor den unterschiedlichen nationalen Identitäten. Diese aber beginnt mit derjenigen vor der eigenen. Da es aber eine deutsche Identität nicht gab, füllte der Nationalsozialismus das Vakuum mit der sozialdarwinistischen Rassenideologie. Mit Konservatismus hatte das nichts zu tun.

PROFESSOR DR. KLAUS HAMMACHER, AACHEN

Europapolitik besteht nicht in Selbstaufgabe

Die Verlegung des künftigen Börsensitzes nach London nach den Fusionsplänen zwischen der Deutschen Börse und der London Stock Exchange schadet nicht nur dem Finanzplatz Frankfurt, sondern auch Deutschland als führender Wirtschaftsmacht in Europa (F.A.Z. vom 27. Februar). Dass Europapolitik nicht in der Selbstaufgabe besteht, wusste schon Konrad Adenauer. Paris würde einer solchen Selbstdemontage nie zustimmen. Politisches und finanzpolitisches Prestige spielen eben in der globalen Welt gerade heute eine wichtige Rolle.

Warum erklärt London den gemeinsamen Börsensitz in London zur roten Linie, obwohl es der kleinere Partner ist? Offensichtlich schätzt die britische Seite finanzpolitisches Prestige und langfristige wirtschaftliche Vorteile höher ein als die verantwortlichen Politiker in Frankfurt, Wiesbaden und Berlin. Das Streben nach

Gewinn und Größe sind keine absoluten Werte. Sie finden insbesondere ihre Grenzen in der faktischen Selbstaufgabe. Die deutsche Position wird durch die Bemerkung des Sprechers der Bundesregierung Seibert charakterisiert, „solche geschäftspolitischen Entscheidungen kommentieren wir nicht“. Dies erinnert an Sprüche aus den fünfziger Jahren, als Deutschland noch um seine Stellung in der Welt kämpfen musste. Die hessische Regierung will das Projekt „überprüfen“, woraus nur der Schluss gezogen werden kann, dass sie keine rote Linie hat und sich wie im Falle Hoechst über den Tisch ziehen lässt. Ich habe als Kleinaktionär dem Finanzplatz Frankfurt vertraut, fühle mich durch die beabsichtigte Fusion betrogen und wehre mich, angelsächsischem Recht unterworfen zu werden, und dies insbesondere im Falle eines Brexits.

DR. ALBERT HÜCHTKER, SCHÖNEICHE

Im Paradies gelten islamische Werte

Zu „Das sexuelle Elend der arabischen Welt“ (F.A.Z. vom 18. Februar): Kanzlerin Merckels unausgesprochene Überzeugung, die Massenzuwanderung von Muslimen werde sich langfristig genauso vorteilhaft erweisen wie die seinerzeitige Zuwanderung von Hugenotten in protestantische Regionen Deutschlands, erweist sich durch diesen Beitrag auf bedrückende Weise als Irrtum. „Im Westen angekommen, hat der Flüchtling oder Migrant sein Leben gerettet; aber man übersieht nur zu gern, dass er seine Kultur nicht . . . aufgeben wird. Seine Kultur ist das, was ihm angesichts seiner Entwurzelung . . . bleibt.“ Genau darin liegt der fundamentale Unterschied zu den Hugenotten aus dem ebenfalls christlichen Frankreich: Sie flohen in protestantische Regionen Deutschlands, weil sie genau hier ihren Glauben und ihre Kultur in Übereinstimmung – und nicht im Widerspruch – mit der alteingesessenen Bevölkerung ausüben konnten. Damit erlebten sie als Ausgleich für den Verlust ihrer territorialen Wurzeln eine Stärkung ihres kulturellen Daseins und konnten so neue Wurzeln schlagen. Dies konnte ihnen nicht zuletzt auch deswegen gelingen, weil sie als ausgebildete und schriftkundige Fachkräfte kamen und als solche heiß begehrt waren. Ganz anders der Muslim, dessen Kultur – nicht nur im Hinblick auf sein Frauenbild – diametral der im Gastland vorgefundenen Kultur und Verfassungssord-

nung widerspricht: Denn es ist nicht nur für den radikalen Islamisten das irdische Leben „nur eine Zeitvergeudung vor der Ewigkeit, (sexuelle) Versuchung, unnütze Befruchtung . . .“, an der die Frau die Schuld trägt. Und nur so wird verständlich, was dem aufgeklärten Europäer unverständlich ist: Im Jenseits erhält der Selbstmordattentäter das, was ihm im Diesseits häufig unerreichbar ist: nicht nur eine, sondern gleich 72 Jungfrauen!

Für einen gläubigen Muslim ist deswegen eine Anpassung an westliche Werte eine bleibende Selbstverleugnung, die die übergroße Mehrheit der Nichtkriminellen mehr oder minder widerspruchs- und qualvoll lebenslang ertragen muss, wenn sie sich nicht selbst verleugnen will. Gerade deswegen ist für sie aber eine „Integration“ eine Zumutung. Die „Multikulti“-Alternative dagegen sprengt die tradierte Ordnung der Aufnahmeländer und ist für diese selbstzerstörerisch.

Fazit: Bei Massenverelendung oder Terror gegen ganze Völker ist die einzig sinnvolle Lösung Hilfe vor Ort. Merckels „Willkommenskultur“ und die immer noch andauernde Öffnung der Grenzen sind daher nicht – wie im 17. Jahrhundert die Einladung an die Hugenotten – sinnvolle Politik für die Zukunft, sondern perspektiv- und daher sinnlose Politik aus dem Bauch – auch wenn sie aus christlicher Nächstenliebe erfolgt.

DR. GERHARD GRASSL, PFORZHEIM

Das Geheimnis der Erwartungstreue

In seinem Brief „Idealer Würfel“ (F.A.Z. vom 17. Februar) schlägt Leser Hartmut Wedekind vor, statt von „Lügenpresse“ von einem „Bias“ zu sprechen. Abgesehen davon, dass sich dies im Deutschen unkompliziert mit „Voreingenommenheit“ übersetzen lässt, sind die Ausführungen zum erwartungstreuen Schätzwert nicht korrekt. Die Erwartungstreue ist eine Eigenschaft des Schätzverfahrens, nicht des zugrundeliegenden Zufallsprozesses – der englische Begriff „unbiased estimator“ bringt das bereits zum Ausdruck. Da der aus einer endlichen Zahl von Beobachtun-

gen abgeschätzte Wert selbst zufällig ist, sollte wenigstens der Erwartungswert des abgeschätzten Wertes mit dem gesuchten, aber in der Regel unbekannten Wert übereinstimmen. Dann wird das Schätzverfahren als „erwartungstreu“ bezeichnet.

Deswegen ist es in einem Beispiel des Würfels unerheblich, ob alle Augenzahlen des Würfels gleich wahrscheinlich sind („fairer Würfel“) oder nicht – die Erwartungstreue des Schätzverfahrens bleibt davon unberührt.

PROFESSOR DR. THOMAS NEUSIUS, DOSENHEIM